

## Pressemitteilung zur Schließung von Galeria-Karstadt-Kaufhof

Osnabrück, 14.10.2020

### Nicht nur das Ende einer Ära – das Ende von Beschäftigung

Solidarität mit den Beschäftigten des Galeria-Karstadt-Kaufhofs Osnabrück. Unser Dank gilt den Beschäftigten von Galeria-Karstadt-Kaufhof.

Am Donnerstag schließen sich die Türen des Traditionshauses nunmehr für immer und für die Beschäftigten beginnt eine ungewisse Zukunft. Die Fraktion und der Kreisverband von DIE LINKE. Osnabrück möchten den Beschäftigten Danke sagen und verteilen Schokoladen Tafeln mit dem Aufdruck "Danke für deine Arbeit".

Ein zäher Kampf hat ein jähes Ende gefunden. Trotzdem oder grade deshalb steht die Ratsfraktion DIE LINKE. Osnabrück an der Seite der Beschäftigten von Galeria-Karstadt-Kaufhof.

Für die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz ist klar, dass die Beschäftigten nicht allein gelassen werden: "Wir haben seit Beginn der Auseinandersetzung um die Erhaltung des Standortes unsere Solidarität mit den Beschäftigten ausgedrückt und uns u.a. für einen Erhalt des Standortes und der Arbeitsplätze stark gemacht. Auch eine Verlängerung der Transfergesellschaft war uns ein wichtiges Anliegen."

Für die Galeria- Beschäftigten, knapp 70 von ca. 200, wird eine Auffangesellschaft etabliert. Die vielen längst „ausgelagerten“ Mitarbeiter\*innen stehen vor dem Nichts. Arbeitslosigkeit droht ab sofort.

"Politisch ist es beschämend, dass als einziges Ergebnis unserer intensiven Bemühungen unterm Strich ein Innenstadt Gipfel und keine spürbaren Verbesserungen für die Beschäftigten stehen. Unser Dank gilt trotzdem eben diesen und wir wünschen allen, dass die Zeit der Ungewissheit schnell vorbeigeht und alles Gute für die Zukunft" äußert sich Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz betrübt und kämpferisch zugleich.

„Wir wissen, dass der Dank kein großer Trost ist. Wir wollen damit zeigen, dass wir die Beschäftigten im Gegensatz zu anderen politischen Parteien in Osnabrück nicht vergessen haben und uns generell auch weiter für die Interessen von Arbeitnehmer\*innen in Osnabrück einsetzen werden.“, ergänzt Ratsfrau Heidi Reichinek und spielt damit auf den letzten von CDU und Grünen abgelehnten Antrag an, in dem es u.a. um die Unterstützung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seitens des Oberbürgermeisters ging.